Geschichte und Philosophie

Die Novemberrevolution 1918

Von David Müller | 1. November 2008

4. November 1918: Kiel befindet sich in der Hand aufständischer Matrosen. Im gesamten Deutschen Reich werden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Die alte kaiserliche Verwaltung ist nicht mehr Herr der Lage. Am 9. November dankt der Kaiser ab. Philipp Scheidemann von der SPD ruft die Republik, Karl Liebknecht die sozialistische Republik aus. Die Arbeiterräte werden fast überall zu je 50% aus VertreterInnen der SPD und der USPD gebildet. Letztere, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands war 1917 gegründet worden. Mit ihr hatte sich jener Flügel der SPD abgespalten, der nicht mehr bereit war, die Kriegsanstrengungen der kaiserlichen Regierung zu unterstützen.

4. November 1918: Kiel befindet sich in der Hand aufständischer Matrosen. Im gesamten Deutschen Reich werden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Die alte kaiserliche Verwaltung ist nicht mehr Herr der Lage. Am 9. November dankt der Kaiser ab. Philipp Scheidemann von der SPD ruft die Republik, Karl Liebknecht die sozialistische Republik aus.

Die Arbeiterräte werden fast überall zu je 50% aus VertreterInnen der SPD und der USPD gebildet. Letztere, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands war 1917 gegründet worden. Mit ihr hatte sich jener Flügel der SPD abgespalten, der nicht mehr bereit war, die Kriegsanstrengungen der kaiserlichen Regierung zu unterstützen. Zur USPD gehörte auch der Spartakusbund um Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Karl Liebknecht, der schon 1914 gegen den Krieg gearbeitet hatte. Er bildete zusammen mit den Revolutionären Obleuten den linken Flügel der USPD. Die Obleute waren ein Zusammenschluss von linkssozialistischen Metallarbeitern, der vor allen in Berlin über großen Einfluss verfügte und sich im Verlauf mehrerer Streiks gegen die Kriegspolitik der Regierung gebildet hatte.

Der „große Kladderadatsch“

Eigentlich war alles so gekommen, wie es die Mehrheit der SPD vor dem Ersten Weltkrieg erwartet hatte. Das alte Regime brach in einem „großen Kladderadatsch“ (August Bebel) zusammen. Der Theorie zufolge musste die SPD jetzt nur noch die Macht von der Straße aufsammeln und die ersten Schritte zum Sozialismus gehen. Sie tat jedoch genau das Gegenteil.

Der wichtigste Führer der SPD, Friedrich Ebert, besprach noch am Abend des 9. November mit dem Armeechef General Groener Schritte zur Eindämmung der Aufstandsbewegung. Ebert: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde.“ Die SPD-Führung setzte auf die Wahl einer Nationalversammlung und die spätere Bildung einer parlamentarischen Republik auf marktwirtschaftlicher Grundlage.

Dies beinhaltete die Zurückdrängung der Arbeiterbewegung und eine Verteidigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der alten Führungsschichten, besonders der Großindustrie. Die USPD war tief gespalten. Ihr rechter Flügel verfolgte eine ähnliche Politik wie die SPD-Führung. Auf der anderen Seite wollte der Spartakusbund die Errichtung einer Räterepublik, die Entwaffnung des Offizierskorps, die Auflösung der

alten Staatsbürokratie und die Enteignung der großen und mittleren Betriebe. Da der Spartakusbund sehr klein war und nur über wenige Tausend AnhängerInnen verfügte, war er in den real existierenden Räten fast nicht vertreten. Statt dessen setzte die Gruppe auf Versammlungen und Demonstrationen. Die Revolutionären Obleute teilten die Ziele des Spartakusbundes, waren sich jedoch aufgrund ihrer größeren Erfahrung mit Massen in den Betrieben darüber im Klaren, dass eine reine Agitation wenig bringen würde.

Arbeiter- und Soldatenräte

Zunächst lag die Macht bei den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten. Diese wählten am 10. November eine provisorische Regierung, den „Rat der Volksbeauftragten“, der aus je drei Vertretern der SPD und der USPD bestand. Zusätzlich wurde ein „Vollzugsrat“ gebildet, den die Linken als Gegengewicht der Räte gegen den Rat der Volksbeauftragten durchsetzen konnten. Dieser bestand allerdings zu gleichen Teilen aus AnhängerInnen der SPD und der USPD.

Die Führung der SPD wusste, dass sie der Gärung unter der ArbeiterInnenschaft nur Herr werden konnte, wenn sie über militärische Machtmittel verfügte. Sie begann unter der Leitung von Gustav Noske, sogenannte Freikorps zu organisieren. Diese bestanden aus zumeist rechtsextrem eingestellten Frontkämpfern. Die SPD-Führung brauchte deren militärische Dienste, während sich die rechten und konservativen Kräfte unter den politischen Schutz der SPD stellten. Einer geeinten Arbeiterbewegung wäre sie im November 1918 in keiner Weise gewachsen gewesen.

Zunächst konnte die SPD-Führung auf dem Reichsrätekongress im Zirkus Busch vom 16. – 20. November 1918 einen bedeutenden Erfolg erringen. Dieser Räte-Kongress bestand aus ca. 500 Delegierten, von den 2/3 der SPD angehörten. Der Spartakusbund konnte nicht einmal ein Dutzend stellen. Der Kongress setzte mit dem 19. Januar 1919 ein Datum für die Wahl der Nationalversammlung fest und sprach sich gegen eine sozialistische Republik aus. Gleichzeitig aber forderte er „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen“, „alle Maßnahmen zur Entwaffnung der Konterrevolution zu ergreifen“ und das alte Heer durch eine „Volkswehr“ zu ersetzen. Die Linke war zunächst geschlagen, da die Räte die eigene Machtergreifung nicht wollten. Gleichzeitig zeigte sich, dass unter den ArbeiterInnen Forderungen verbreitet waren, die nicht in das Konzept der SPD-Führung passten. Somit zeichnete sich ab, dass Brüche zwischen Führung und Basis der SPD vorprogrammiert waren. Dies zeigte sich auch im Wachstum der USPD. Hatte sie im Oktober 1918 rund 100.000 Mitglieder gezählt, so waren es im Januar 1919 bereits 300.000. Unter den IndustriearbeiterInnen entwickelte sich die USPD zur stärksten Kraft. Die SPD-Führung setzte Ende Dezember 1918 bereits Truppen gegen Teile der Berliner ArbeiterInnenschaft ein. Am 28. Dezember traten die Vertreter der USPD aus der provisorischen Regierung aus.

Gründung der KPD

Am 31. Dezember 1918/1.Januar 1919 gründeten Spartakusbund und Bremer Linke die KPD. Diese wollte die provisorische Regierung stürzen und hielt am Ziel einer Rätedemokratie fest. Über die dazu nötige Taktik war sie gespalten. Eine Mehrheit der Partei wollte durch Massenmobilisierungen, die im Aufstand münden, die Macht erringen. Rosa Luxemburg und eine Minderheit der Partei sahen jedoch eine längere Entwicklung voraus. Sie traten für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein. Nicht, um ein parlamentarisches System zu stützen, sondern um eine Tribüne für die eigene Politik zu bekommen. Ohne ein klares Konzept zu haben, wurde die Partei von den Ereignissen überrannt. Die Führung der SPD erhöhte ihren politischen und militärischen Druck. Mit der Absetzung des linken Berliner Polizeipräsidenten Eichborn wollte sie eine wichtige Position der Linken im Staatsapparat schleifen. Am 5. Januar brach, halb als spontane

Reaktion des radikalen Teils der Berliner ArbeiterInnen

schaft, halb als schlecht organisierter Aufstand von KPD und Revolutionären Obleuten der „Spartakusaufstand“ in Berlin aus. Nach sehr harten Kämpfen wurde er von Freikorps unter der Leitung von Gustav Noske niedergeschlagen. Auf ausdrücklichen Befehl Noskes wurden am 15. Januar Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von rechtsradikalen Militärs ermordet. Der radikalste Teil der ArbeiterInnenschaft hatte einen Aufstand begonnen, ohne dass dieser über eine ausreichende Basis verfügt hätte. Die KPD war zu unerfahren, um eine alternative Strategie zu entwickeln. Die Revolutionären Obleute verfügten zwar über mehr Erfahrung, waren aber als Teil der radikalen Berliner Arbeiterbewegung davon ausgegangen, die revolutionäre Ungeduld ihres eigenen Milieus für die Stimmung der breiten ArbeiterInnenmassen zu halten. Das Ergebnis war eine vorläufige Niederlage, die die Linke ihrer wichtigsten Köpfe beraubte.

Das Jahr 1919 war von regionalen Aufständen der ArbeiterInnenschaft und ihrer blutigen Niederschlagung durch die Freikorps und die Reichswehr gekennzeichnet. Am 2. Mai 1919 wurde die kurzlebige Räterepublik in München zerschlagen. Die Freikorps metzelten mehr als 1.220 Arbeiter nieder – viele nur aufgrund ihres Berufsstandes.

Der Kapp-Putsch

Die extreme Rechte war freilich mit ihrer Rolle als Knüppel der SPD und Reichsregierung nicht zufrieden und sah durch die verschiedenen Teilniederlagen der ArbeiterInnenbewegung im März 1920 ihre Stunde gekommen. Unter Führung von Kapp und Lüttwitz besetzten Teile der Reichswehr Berlin. General v. Seeckt, Chef der „regierungstreuen“ Reichswehr, erklärte: „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“. So sah sich die Regierung um Friedrich Ebert zur Flucht gezwungen. Der konservative Teil der Berliner Bevölkerung empfing die anrückenden Soldaten, von denen viele schon das Hakenkreuz am Stahlhelm trugen, mit Begeisterung. Nicht jedoch die Berliner ArbeiterInnen. Diese legten mit einem Generalstreik das öffentliche Leben lahm, sodass sich die Putschisten zurückziehen mussten. Kern des Streiks war die USPD gewesen. Die SPD hatte mittlerweile unter den Arbeitern an Rückhalt verloren, aber gemeinsam mit USPD und Gewerkschaften den Widerstand organisiert. Die KPD hatte zunächst im Putsch die gerechte Strafe für die bisherige Politik der SPD gesehen und sich in den Kampf zweier Fraktionen des Bürgertums nicht einmischen wollen. In letzter Sekunde hatte sie jedoch erkannt, dass ein Erfolg Kapps die vollständige blutige Niederschlagung der Arbeiterbewegung zur Folge haben würde, und den Generalstreik mitgemacht. Im Gefolge der Niederlage der Rechten bildeten sich gerade im Ruhrgebiet Arbeitermilizen, die „Rote Ruhrarmee“. Die USPD forderte eine Arbeiterregierung, um den Staat von allen reaktionären Elementen zu säubern und radikal zu demokratisieren. Kaum gerettet, warf jedoch die Führung der SPD das Ruder wieder herum und ließ Reichswehr und Freikorps die „Rote Ruhrarmee“ niederschlagen.

Revolutionäre Strategie

Die USPD war zur stärksten Kraft in der Arbeiterklasse geworden und stand vor der Frage, sich der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale anzuschließen und dazu mit der KPD zu fusionieren. Die Mehrheit der USPD entschloss sich zu diesem Schritt und vereinigte sich im Dezember 1920 mit der KPD. Zum ersten Mal hatte der Kommunismus in Deutschland einen wirklichen Massenanhang in der Arbeiterschaft. Die so gegründete Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) machte zunächst SPD, USPD und Gewerkschaften Angebote zur Zusammenarbeit, schwenkte dann jedoch auf eine „Offensivstrategie“ um, die kurzfristig zum Aufstand führen sollte. Den Anlass dazu bot das Einrücken preußischer Schutzpolizei in die VKPD-Hochburg Merseburg im März 1921. Der schlecht vorbereitete Aufstand schlug fehl und die VKPD verlor im Gefolge den größten Teil ihrer erfahrenen Aktiven unter den

ArbeiterInnen. Danach war die Partei strukturell nicht mehr in der Lage, eine erfolgreiche Politik zu betreiben. […]

Dieser Beitrag wurde publiziert am Samstag den 1. November 2008
in der Kategorie: Geschichte und Philosophie, RSB4.